

Nationale Befreiungskämpfe und politische Neukonstellation in Ost- und Südostasien nach der Kapitulation Japans. Im abschließenden siebten, zweigeteilten Teil dieser Serie mit dem Titel „75 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs in Ost- und Südostasien - Vorgeschichte, Verlauf, Vermächtnisse“, dessen erster Teil auf den NachDenkSeiten Mitte Februar 2020 erschien, befasst sich unser Autor Rainer Werning mit den politischen Entwicklungen in den Regionen und dem Beginn des Kalten Krieges nach der offiziellen Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch hochrangige Politiker Japans am 2. September 1945. Von **Rainer Werning**.

Lesen Sie bitte auch die ersten sechs Teile dieser NDS-Serie ([Teil 1](#), [Teil 2](#), [Teil 3](#), [Teil 4](#), [Teil 5](#) und [Teil 6](#)).

Vorbemerkung

Während der Krieg in Europa bereits Anfang Mai 1945 beendet war, dauerte er in zahlreichen Regionen des asiatisch-pazifischen Raumes noch bis Mitte September an. Und während sich die siegreichen Alliierten anschickten, fortan der Innenpolitik Japans ihren Stempel aufzudrücken und einem Teil seiner Kriegsarchitekten den Prozess zu machen, trachteten in den meisten Ländern Ost- und Südasiens national gesinnte Parteien, Gruppierungen und Organisationen danach, endlich jenseits von ausländischer Bevormundung ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit zu organisieren. Beflügelt wurde ein solcher Nachkriegsentwurf durch ein nunmehr gedemütigtes japanisches Kaiserreich, dessen militaristische Politik paradoxerweise entscheidenden Anteil daran hatte, den Nimbus der Unbesiegbarkeit des „westlichen Imperialismus und Kolonialismus“ zu erschüttern.

Während Japan unter der Ägide der Siegermacht USA schrittweise in deren Herrschaftsbereich, wiewohl unter Beibehaltung seiner Produktionskapazitäten und wesentlichen staatstragenden Institutionen/Organisationen sowie flankiert von umfangreichen Wirtschafts- und Finanzhilfen, integriert wurde, rüsteten sich Japans vormalige Kolonien - teils inmitten innenpolitischer Wirren, teils unter chaotischen Nachkriegsbedingungen - unter höchst unterschiedlichen Vorzeichen zum Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit. Gleichzeitig fanden diese Emanzipationsbestrebungen gegen die alt-neuen Machthaber - die Briten in Malaya (das spätere Malaysia und Singapur), Birma (das spätere Myanmar) und den indischen Subkontinent (mit Indien, Pakistan und Ceylon, das spätere Sri Lanka) sowie die Niederländer in Indonesien, die Franzosen in Vietnam, Kambodscha und Laos und die USA in den Philippinen - allesamt im Schatten des Kalten Krieges und einer stetig eskalierenden Ost-West-Blockkonfrontation statt. In den Philippinen, dem traditionell engsten Verbündeten Washingtons in der Region, entstand gar

1954 mit der SEATO eine Osterweiterung der NATO, was explizit einen Cordon sanitaire um den „kommunistischen Machtblock“ bilden sollte.

„Die Amerikaner sahen ursprünglich die radikale Demilitarisierung und Demokratisierung Japans als Ziel der Besatzungspolitik vor. Militärisch und wirtschaftlich sollte Japan nicht mehr in der Lage sein, einen Krieg gegen die USA zu führen. In der Direktive SWNCC 150/4 (Initial Post-Surrender Policy for Japan) vom 6. September 1945 zielten die USA darauf, eine friedliebende Regierung zu bilden, die die amerikanische Politik unterstützen und nie wieder eine Bedrohung für die USA sein würde. Die amerikanische Besatzungsmacht setzte die Entmilitarisierung um, initiierte eine Bodenreform sowie die Entflechtung großer Wirtschaftskonzerne und gab Impulse für die Demokratisierung des Gesellschaftslebens und transformierte so das politische, wirtschaftliche und militärische System Japans vor 1945 weitgehend. Die Japaner nennen eine Reihe dieser Umwälzungen ‚Besatzungsreformen‘. Das Kaisertum allerdings ließen die Amerikaner fortbestehen und versuchten, dessen Unterstützung für die effektive Umsetzung ihrer Politik zu gewinnen. Dieses bot günstige Rahmenbedingungen für die Wiederbelebung des japanischen Konservatismus, dessen Kern kaiserliche Familienangehörige und hohe Staatsdiener des Kaiserhofs bildeten.“

Auszug aus: Kido 2003: 190

„In der Zeit vom 25. Juni 1950 bis zum 27. Juli 1953 (die Zeit des Koreakrieges - Anm.: RW) kamen nach konservativen westlichen Schätzungen mehr als 4,6 Millionen Koreaner ums Leben, einschließlich drei Millionen Zivilisten im Norden und 500.000 Zivilisten im Süden der Halbinsel. Die Beweise für die US-Kriegsverbrechen, die diesem Tribunal präsentiert wurden, lieferten Augenzeugenberichte und Dokumente über Massaker an Tausenden Zivilisten, die von den US-amerikanischen Militärstreitkräften während des Krieges im Süden Koreas verübt worden waren. Darüber hinaus gab es erdrückende Beweise der kriminellen, teils genozidmäßig betriebenen US-Politik im Norden Koreas, wo systematisch die meisten Häuser und Gebäude durch US-Artilleriefeuer und Luftangriffe in Schutt und Asche gelegt wurden, wo US-amerikanische und südkoreanische Verbände gemeinsam brutal gegen Zivilisten und Kriegsgefangene vorgingen, wo mutwillig lebensnotwendige Einrichtungen

des öffentlichen Lebens und wirtschaftliche Produktionsanlagen zerstört und geächtete Waffen sowie biologische und chemische Kampfmittel im Krieg gegen seine Bevölkerung eingesetzt wurden. Zahlreiche Dokumentationen und Augenzeugenberichte beweisen überdies die allgegenwärtige und systematische Gewalt gegen Frauen im Norden und Süden Koreas, die Massenvergewaltigungen, anderen sexuellen Erniedrigungen und Nötigungen bis hin zu Mord ausgesetzt waren. Die Teilnehmer dieses Tribunals fordern die US-Regierung auf, sämtliche Informationen über begangene US-Kriegsverbrechen und andere Gräueltaten zugänglich zu machen, die in Korea seit dem 7. September 1945 (dem Tag der Anlandung erster US-Kontingente nach der Kapitulation Japans - Anm.: RW) begangen wurden“.

Auszug aus dem Urteil des „Korea International War Crimes Tribunal“, New York, 23. Juni 2001. Als Vorsitzender und Chefankläger des Tribunals fungierte der ehemalige US-Justizminister Ramsey Clark. Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch: Rainer Werning

„(...) Am 9. März 1945 entwaffneten die Japaner die französischen Truppen. Und wieder sind die französischen Kolonialherren geflohen, oder sie haben vor den Japanern kapituliert. So vermochten sie nicht nur nicht, uns zu ‚schützen‘, sondern sie verkauften im Gegenteil unser Land im Laufe von fünf Jahren zweimal an die Japaner. (...) De facto hat unser Land im Herbst 1940 aufgehört, französische Kolonie zu sein; es wurde zu einer japanischen. Nach der Kapitulation Japans stand das ganze Volk unseres Landes auf, nahm die Macht in seine Hände und gründete die Demokratische Republik Vietnam. So haben wir eigentlich unsere Freiheit und Unabhängigkeit den Japanern und nicht den Franzosen entrissen. (...)“

Auszug aus der Unabhängigkeitserklärung von Ho Chi Minh am 2. September 1945 in Hanoi anlässlich der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam

„Wir haben uns geirrt, schrecklich geirrt. Menschen können sich irren. Ich gebe mit schmerzhafter Offenheit und schweren Herzens zu, dass dieser Gemeinplatz, bezogen auf Vietnam, auch auf mich und die amerikanische Führungselite meiner Generation zutrifft.“

Robert McNamara, von 1960 bis 1968 US-Verteidigungsminister und später Weltbank-Präsident, 1995 in seinen Memoiren über den Vietnamkrieg

Gescheiterte „Wohlstandssphäre“

Am 14. August 1945, wenige Tage nach den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki, nahm der japanische Kaiser Hirohito seine Kapitulationsrede auf, die am nächsten Tag im Radio ausgestrahlt wurde.[*] Für die allermeisten Japanerinnen und Japaner war es das erste Mal, dass sie überhaupt die Stimme ihres obersten Herrschers vernahmen.

Am 2. September schließlich unterzeichneten der japanische Außenminister Shigemitsu Mamoru und Umezu Yoshijiro, der Chef des japanischen Generalstabs, auf dem in der Bucht von Tokio ankernden US-Schlachtschiff *USS Missouri* offiziell die Kapitulationsurkunde. Letzterer machte aus seiner Abscheu vor diesem Kotau keinen Hehl; er räusperte sich mehrfach und schnäuzte sich öffentlich, was in Japan als ungesittet und zutiefst unhöflich gilt. Japans politische und militärische Führung, die Ost-, Südostasien und zahlreiche Inseln im Pazifik mit Krieg und Zerstörung überzogen hatte, musste fortan den Befehlen des Siegers USA gehorchen. Und dessen oberster Repräsentant war mit US-General Douglas MacArthur ein Mann mit einem gewaltigen Ego, der als strahlender Kriegsheld in den USA verehrt und überschwänglich gefeiert wurde und zumindest zeitweilig als mächtiger denn seine Vorgesetzten, die Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Harry S. Truman, galt.[**]

Japan war es ab Mitte des 19. Jahrhunderts gelungen, Anschluss an die „westliche Moderne“ zu finden (ausführlich dazu mein [erster Beitrag dieser Serie](#)). Zwei siegreiche Kriege - 1894/95 gegen China und 1904/05 gegen Russland - hatten Japan zu einer neuen hegemonialen Macht in „Fernost“ aufsteigen lassen. Hauptnutznießer dieser Waffengänge waren unter anderen solche Großfamilien wie Mitsui, Mitsubishi, Satsume und Okura, die als Oligopole nunmehr nahezu sämtliche Großbanken, Industriebetriebe und Verkehrsmittel des Landes besaßen und entscheidenden Einfluss auf eine Vielzahl kleiner und mittlerer Zulieferfirmen ausübten. Träger dieses Industrialisierungsprozesses war im Gegensatz zu Europa keine aufklärerisch-moderne bürgerliche Unternehmerschicht, sondern eine dem Kaiser hörige Großgrundbesitzerklasse, die ihrerseits beträchtliche Handelsinteressen verfolgte. Viele Phänomene des japanischen Kapitalismus waren von dieser feudal-patriarchalischen Grundordnung geprägt. So reflektierten die Stellung des Unternehmers gegenüber den Arbeitern in den Großbetrieben, die Haltung des Staates gegenüber den Großkonzernen, der Kadavergehorsam der Soldaten gegenüber Vorgesetzten, die Position des Kaisers (Tenno) gegenüber der Bevölkerung diese feudal-patriarchalische *oyabun-kobun* (Patron-Klient-Beziehung).

Dieses Denken widerspiegelte sich auch in der politischen Sprache und in den Bildern zur ideologischen Rechtfertigung expansiver Politiken. *Größere Ostasiatische Gemeinsame Wohlstandssphäre* nannte Tokio das Projekt, mit dessen Hilfe es seit Ende der 1930er Jahre seine Interventionen und seinen Führungsanspruch in Südostasien, Ostasien und Ozeanien legitimierte. Begründet wurde diese „Wohlstandssphäre“ wie folgt:

„Da das japanische Kaiserreich das Zentrum und der Pionier der orientalischen Moral und des kulturellen Wiederaufbaus ist, müssen die Offiziellen und das Volk dieses Landes zu dem orientalischen Geist zurückkehren und ein gründliches Verständnis des Geistes des moralischen Charakters der Nation erwerben. Ferner: Das japanische Kaiserreich ist eine Manifestation der Moral und sein besonderer Charakter ist die Verbreitung des kaiserlichen Weges (...) Es ist notwendig, die Macht des Kaiserreiches zu nähren, um Ostasien zu seiner ursprünglichen Gestalt der Unabhängigkeit und des gemeinsamen Wohlstandes (...) zurückkehren zu lassen.“

Während des Zweiten Weltkriegs ward dieses Projekt in Teilen Südasiens mit einer offensiven AAA-Aktion verknüpft, in der sich Japan als „Licht Asiens, Beschützer Asiens und Führer Asiens“ aufspielte. Nicht ohne Wirkung: So selbstherrlich solche Erklärungen klangen, so positiv hallten sie – zumindest anfänglich – vielerorts nach. In sämtlichen Ländern Südasiens formierten sich entweder offen japanfreundliche politische Organisationen oder aber es machten sich nationalistische Kräfte Teile dieser Argumentation zu eigen – vor allem war das in Indonesien sowie in Birma der Fall – und nutzten das als zusätzliche Munition, die Arroganz des „weißen Mannes“ anzuprangern und den bewaffneten Kampf gegen den europäischen/nordamerikanischen Kolonialismus zu verstärken. So war es kein Widerspruch, dass herausragende Persönlichkeiten des Antikolonialismus und Antiimperialismus wie Birmas Aung San (der Vater der Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi) zeitweilig gemeinsame Sache mit den Japanern gegen den gemeinsamen Feind (Großbritannien) machten – gemäß der Maxime: Der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Als selbsternannter „Führer Asiens“ verfolgte Japan in den 1940er Jahren eine Politik, die in Ost- und Südostasien und im Pazifik tiefe Blutspuren hinterließ. Obwohl Aggressor und Besiegter des Zweiten Weltkrieges, vermochte es Japan, teils analog den Entwicklungen im westlichen (Nachkriegs-)Deutschland, unter US-amerikanischer Protektion schrittweise seine Machtstellung in der Region wiederzuerlangen und heute mit einem Jahresetat in Höhe von gut 50 Mrd. US-Dollar zur weltweit sechststärksten Militärmacht aufzusteigen.

Wiederaufrüstungsverbot und Restauration

Unter dem Besatzungsregime von General Douglas MacArthur, des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Fernen Osten, wurde Japan unmittelbar nach seiner Kapitulation von der Außenwelt abgeriegelt: Die japanische Währung, der Yen, war nicht konvertierbar und den Japanern waren Auslandsreisen untersagt. Die USA stellten etwa zwei Drittel aller japanischen Importe, während sie selbst weniger als ein Viertel seiner Exporte abnahmen. Auf politischer Ebene erwirkte MacArthur die Durchsetzung einer nach amerikanischem Vorbild modellierten und am 7. Mai 1947 in Kraft getretenen Verfassung, deren Kernpunkte die Kompetenzbeschneidung des Kaisers sowie das im Artikel 9 festgeschriebene Wiederaufrüstungsverbot bildeten:

„Das japanische Volk verzichtet auf ewig auf Verwendung von Waffengewalt als Mittel zur Beilegung von internationalen Auseinandersetzungen. Um den Zweck des obigen Abschnittes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstiges Kriegsmaterial unterhalten. Das Recht auf Kriegführung durch den Staat wird nicht anerkannt.“

Das Recht auf Selbstverteidigung wurde im Text mit keinem Wort erwähnt. Erst seit den 1960er Jahren wurde die Wiederaufrüstung - ein erster De-facto-Vertragsbruch - mit dem Verweis auf „Selbstverteidigung“ legitimiert. Die japanischen Militärs nennen sich denn auch offiziell jieitai (Selbstverteidigungskräfte). Überdies wurden Japan in internationalen Abkommen die Hoheitsrechte über all jene Gebiete aberkannt, die es sich mit Waffengewalt einverleibt hatte - darunter Korea, Taiwan und die es umgebenden Penghu-Inseln und die Diaoyu-Gruppe sowie im Norden Sakhalin und die Kurilen. Zwei weitere Inselgruppen, die Ryukyu- und Ogasawara-Inselgruppe (auch als Bonininseln bekannt), wurden von den USA unter Kolonialverwaltung gestellt und erst Mitte Mai 1972 im Zuge eines Rückgabevertrages Japan zugesprochen.

Gemäß einer am 27. Dezember 1945 in Moskau getroffenen Vereinbarung wurden zwei internationale Körperschaften zur Überwachung des besetzten Nachkriegs-Japan aus der Taufe gehoben. Der *Fernost-Kommission (FEC)* in Washington fiel die Formulierung der für Japan geltenden politischen Richtlinien zu. Der von Repräsentanten der vier Siegermächte zusammengesetzte *Alliierte Rat für Japan (ACJ)* mit Sitz in Tokio wachte unter Federführung MacArthurs über deren konkrete Durchführung. Wenige Monate nach Kriegsende kam die *United States Initial Post-surrender Policy for Japan* zur Anwendung, die sich von dem Grundgedanken leiten ließ, gegenüber dem Land keine Rache zu üben. Stattdessen sollte

Japan „von einem Unruhestifter in ein Bollwerk des Weltfriedens“, d.h. in einen verlässlichen Stützpfeiler US-amerikanischer Ostasienpolitik verwandelt werden.

Die Besatzungspolitik Washingtons ging davon aus, dass sich dieses ihm so fremdartig erscheinende Land am besten durch eine japanische Regierung erneuern ließ, deren Kader allerdings aus gedienten Militärs rekrutiert wurde. Auffallend glimpflich kamen die Architekten des japanischen Militarismus davon: Eine mit Deutschland vergleichbare „Entnazifizierung“, wie halbherzig diese auch durchgeführt worden war, gab es nicht einmal ansatzweise. Aufgrund des vom *Alliierten Kriegsgesicht für den Fernen Osten*, dem fernöstlichen Pendant zum *Nürnberger Tribunal*, verkündeten Urteils wurden Ende 1948 sieben vormals hochrangige Politiker/Militärs gehängt. Kaiser Hirohitos Verantwortung für und seine Verstrickung in Japans imperiale Politik blieben tabuisiert oder wurden bewusst heruntergespielt, obgleich gegen den Tenno selbst schwere Anschuldigungen erhoben wurden.

Washington indes ging es weniger um die öffentliche Demontage Hirohitos, was in ihren politischen und sozialen Konsequenzen unwägbar und letztlich kontraproduktiv gewesen wäre, als vielmehr um die Entflechtung von Mythos und Authentizität. So wurde per Direktive vom 15. Dezember 1945 der Staats-Shinto untersagt. Der Shinto („Weg der Götter“) ging von der Existenz einer überhöhten, mystisch verklärten Tradition der nationalen Größe aus und diente als Vehikel des unerschütterlichen Glaubens an eine in alle Ewigkeit bestehende nationale Familie, die von einer Kette ununterbrochener, die Aura der Göttlichkeit ausstrahlender imperialer Dynastien geführt wird. Innerhalb des Systems des Staats-Shinto wurde keine Trennlinie zwischen mythischer und authentischer Geschichte geduldet. Seine Gültigkeit durfte öffentlich nicht infrage gestellt werden. In der Direktive vom 15. Dezember hieß es:

„Die Propagierung, Unterstützung, Verewigung, Beherrschung und Verbreitung des Shinto durch die japanische Regierung auf nationaler, Bezirks- und Ortsebene oder durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Beamte und Angestellte in ihrer Eigenschaft als Repräsentanten dieser Regierung sind verboten und werden unverzüglich eingestellt.“

Die kaiserliche Neujahrsbotschaft vom 1. Januar 1946 erläuterte schließlich, dass die zwischen dem Kaiser und seinem Volk bestehenden

„Bande stets durch gegenseitiges Vertrauen und beiderseitige Verehrung geknüpft waren. Sie hatten ihren Ursprung weder in einem Mythos noch in der Legende. Sie beruhten nicht auf den fiktiven Ideen, dass der Kaiser ein menschengewordener Gott (akitsu mikami) und das japanische Volk eine höherwertige Rasse darstellt, dazu auserkoren, die Welt zu beherrschen.“

Exkurs I: Siegerjustiz mit zweierlei Maß - die Einheit 731

Die Siegermacht USA betrieb während der Verhandlungen des Alliierten Kriegsgerichts für den Fernen Osten in Tokio eine perfide Politik, indem nicht einmal Anklage gegen die Führungsriege der notorischen [Einheit 731](#) erhoben wurde, die in China den qualvollen Tod zahlloser Zivilisten durch bakteriologische und chemische Kriegsführung zu verantworten hatte. Der „*intelligence value*“, der nachrichtendienstliche Wert beziehungsweise die Verwertung dieser „Experimente an lebendigem Material“, wurde höher eingeschätzt als die Wahrung ethischer Normen und die Notwendigkeit juristischer Maßnahmen. Schließlich ging es darum, die Erkenntnisse der [Einheit 731](#) fürderhin kriegsrelevant (im Korea- und Vietnamkrieg) zu nutzen.

Chef dieser Einheit, zuvor schlicht als *Abteilung der Kwantung-Armee für die Prävention von Epidemien und die Wasserreinigung* bekannt, war mit dem Militäroffizier und Mikrobiologen Ishii Shirō ein Absolvent der medizinischen Fakultät der Universität in Kyoto. Ziel dieser nahe der Stadt Harbin (heute die Hauptstadt der Provinz Heilongjiang) in einem großräumigen Komplex stationierten Einheit war es, die chinesische Bevölkerung mit (Beulen-)Pest, Cholera, Milzbrand und anderen gefährlichen Krankheiten zu infizieren und durch gezielte Giftgaseinsätze sowie Experimente an „lebendem Menschenmaterial“ massenhaft zu töten.

In den USA wurde im Herbst 1943 systematisch mit Forschungen über biologische Waffen in Camp Detrick im Bundesstaat Maryland begonnen. Das militärische Interesse an diesem Programm wuchs nach Kriegsende beträchtlich, wobei Sieger und Besiegte alles unternahmen, um die [Kriegsführung mit B- und C-Waffen](#) im Allgemeinen und die perfiden Praktiken der Einheit 731 im Besonderen geheim zu halten: Die sensiblen Labordaten über Versuche an „lebendem Menschenmaterial“ sollten mit Blick auf künftige Kriegseinsätze ausgewertet und vor dem Feind (der Sowjetunion) und einer empörten Öffentlichkeit geschützt werden.

Der Chefankläger des Internationalen Militärtribunals für den Fernen Osten, Joseph B. Keenan, setzte auf Anweisung von General Douglas MacArthur, dem Oberkommandierenden

der US-Besatzungstruppen in Japan, durch, dass sowjetische Anschuldigungen gegen Mitglieder der Einheit 731 gezielt außer Acht gelassen wurden. MacArthurs Sicherheitschef, Generalmajor Charles Willoughby, war eigens beauftragt worden, die Mitglieder der Einheit 731 von der Außenwelt abzuschotten. Bereits im August 1946 zeichnete sich ab, dass sie straffrei ausgehen würden. In Absprache mit Washington hatte der damalige „super emperor of Japan“ MacArthur im Austausch für die Forschungsergebnisse der Einheit 731 auf eine Anklage der leitenden Offiziere vor dem Tribunal verzichtet. So genossen faktisch Topleute der Einheit 731 wie Generalleutnant Kitano Masaji und sein Kollege - der in den Medien bereits als tot gemeldete und mit einem inszenierten Scheinbegräbnis bedachte - Ishii Immunität.

MacArthur und das Weiße Haus waren sich darin einig, dass der Wert der japanischen Daten über biologische Kriegsführung für die USA im Sinne ihrer nationalen Sicherheit höher zu veranschlagen war als der Versuch, mittels einer auf solchen Daten gestützten Anklageerhebung die Schuld der inkriminierten Mitglieder der Einheit 731 zu beweisen. Offensichtlich war die stillschweigende, arbeitsteilige Übereinkunft zwischen Siegern und Besiegten von beiderseitigem Vorteil: Washington nutzte die sensiblen Daten der Einheit 731 für den nächsten Waffengang auf der Koreanischen Halbinsel (1950-53), während Tokio dieses heikle Thema „vergaß“, den Terror der Einheit 731 später Privatpersonen anlastete und sich heute - wie im Falle zwangsrekrutierter Sexsklavinnen der kaiserlichen Armee - weigert, die Opfer zu entschädigen.

Die VR China und Nordkorea hatten bereits Anfang März 1951 den USA vorgeworfen, im Koreakrieg auch gezielt B- und C-Waffen einzusetzen, was bis zum Kriegsende im Juli 1953 andauert haben soll. Ein internationales Beobachterteam reiste in beide Länder, um diese Anschuldigungen zu untersuchen. Die Delegation kam zu dem Schluss, dass die USA tatsächlich B- und C-Waffen in Korea eingesetzt hatten. Doch zu schneidend war der eisige Wind im Kalten Krieg, als dass solche Ergebnisse die Gemüter im fernen Washington bewegt hätten. Die Delegationsteilnehmer, darunter der langjährige Chinakenner und -forscher Dr. Joseph Needham, wurden in den USA als wenig vertrauenswürdig und „links“ diffamiert.

Prellbock gegen China

Unter dem Eindruck der Ereignisse in China (Erstarken der KP Chinas, Defensive beziehungsweise Niederlage und Rückzug der Guomindang unter Chiang Kai-shek) wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht die ansatzweise durchgeführte Wirtschaftsentflechtung gestoppt. Vergleichbar dem Marshallplan in Europa wurde für Japan ein umfassendes Wirtschaftshilfeprojekt entworfen, um die Produktion wieder in Gang

zu bringen. (Große Arbeiterstreiks, die bereits seit 1946 auf einen grundlegenden sozialen Wandel abzielten, wurden von den Besatzungstruppen niedergeschlagen. Am 1. Februar 1947 war ein Generalstreik, der die Regierung zu destabilisieren drohte, gewaltsam aufgelöst und im Juli 1948 das generelle Streikverbot im öffentlichen Dienst erwirkt worden. Anstatt sich auf eine Konfrontation mit MacArthur einzulassen, fügte sich selbst die Kommunistische Partei Japans (KPJ) und behauptete entsprechend der von ihr vertretenen Zwei-Stufen-Theorie, die US-Besatzung stünde für die Umsetzung der ersten, demokratischen Stufe der Revolution in Japan.) Den im April 1949 von der Dodge-Mission - benannt nach dem Detroiter Bankier Joseph M. Dodge - ausgearbeiteten Empfehlungen folgten unverzüglich entsprechende Schritte: Die Parität der Landeswährung, des Yen, wurde gegenüber dem Dollar mit 360:1 festgesetzt. Eine Niedrigzinspolitik stattete die Großunternehmen mit Krediten aus, gewerkschaftliche Aktivitäten wurden strikt untersagt.

Rascher als erwartet setzte Washington diplomatisch und politisch alle Hebel in Bewegung, um mit Japan zu einem geregelten Modus vivendi zu gelangen, der es erlaubte, die Souveränität des Landes wiederherzustellen und die Rolle seines Juniorpartners zu festigen. Wesentliche Voraussetzung dafür war der Abschluss eines Friedensvertrages, was allerdings Sache sämtlicher Siegermächte war, zumindest ihres konzertierten Vorgehens und gemeinsamer Konsultationen bedurft hätte. Im April 1949 wurde der spätere US-amerikanische Außenminister John Foster Dulles unter Umgehung der Sowjetunion mit den Vorbereitungen eines - notfalls - separaten Friedensvertrages mit Tokio betraut.

Die Eile, mit der das Zustandekommen dieses Vertrages forciert wurde, resultierte aus den grundlegend veränderten Machtkonstellationen in der Region. In China hatten die Kommunisten gesiegt und Mao Zedong hatte am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik ausgerufen, während das politische Konfliktpotential auf der Koreanischen Halbinsel täglich zunahm und die Eskalation eines US-amerikanischen Engagements immer wahrscheinlicher wurde. In dieser Situation konnte Japan kein unsicherer Kantonist sein. Es musste - nach außen hin sichtbar - souverän sein und als Prellbock gegen den Kommunismus in Ostasien in das Netz westlicher Sicherheitsinteressen eingebunden werden. Am 8. September 1951 wurde schließlich der Friedensvertrag mit Japan in San Francisco unterzeichnet, der am 28. April 1952 in Kraft trat.

In diesem Vertrag blieb u.a. die konkrete Regelung japanischer Reparationszahlungen unberücksichtigt. Die Verlegung eines Großteils der zuvor in Japan stationierten US-amerikanischen Truppen nach Korea führte zur Aufstellung einer Nationalen Polizeireserve, die mit 75.000 Mann den Grundstock einer künftigen Armee bildete. Noch am selben Tag, an dem der Friedensvertrag unterzeichnet wurde, schlossen die USA und Japan einen bilateralen Sicherheitspakt, der die Aufrechterhaltung der US-Basen und den Verbleib von

GIs auf japanischem Boden ausdrücklich festschrieb.

Ebenfalls zu Beginn der 1950er Jahre kamen die Autoren des im US-amerikanischen *Nationalen Sicherheitsrat* (NSC) verfassten Papiers *NSC-68*, von Außenminister Dean Acheson später als „eines der großen Dokumente in unserer Geschichte“ gepriesen, zu der Auffassung, die Kluft zwischen der Weltanschauung in Ost und West sei unüberbrückbar, wodurch „die kommunistische und die nichtkommunistische Welt auf unabsehbare Zeit in Widerstreit“ stünden. In dieser Situation, so die Prämisse des Dokuments, verfügten die USA über vier Optionen, wobei die Aufnahme von Verhandlungen im Vorhinein ausgeklammert blieb: Amerika könnte nichts über das hinaus tun, was es bereits tat; es könnte seine internationalen Verpflichtungen fallen lassen und sich hinter die „Festung Amerika“ verschanzen; es könnte versuchen, der Gefahr durch einen Präventivkrieg vorzubeugen, oder es könnte einen massiven Wiederaufbau des eigenen sowie der Verteidigungssysteme der „freien Welt“ durchführen und seinen Feinden gegenüber die Haltung einer unerschütterlichen „Kampfentschlossenheit“ einnehmen.

Sukzessive „West“-Orientierung und Wiederaufrüstung

Die letztgenannte Option wurde im NSC-Dokument befürwortet und dargelegt, dass „die Nation Waffenausgaben in einer Größenordnung von 50 Milliarden US-Dollar im Jahr erwägen müsse (im Gegensatz zu den gegenwärtigen 13 Milliarden)“. Im Fiskaljahr 1950 waren 13 Milliarden Dollar für den Verteidigungssektor vorgesehen, 1951 betrugen die Militärausgaben 22,4 Milliarden und ein Jahr darauf bereits 43,9 Milliarden Dollar. Dazu konstatierte David Horowitz:

„In einer Zeit verhältnismäßiger internationaler Ruhe (...) lieferte die amerikanische Führung nicht nur eine weitere Bestätigung der strategischen Entscheidung der Jahre 1945 bis 1947 gegen Verhandlungen und den Einsatz diplomatischer Mittel, sondern plädierte auch für eine militärische Wiederaufrüstung in einem für Friedenszeiten beispiellosen Umfang. Der geheime Charakter des NSC-Dokuments setzt den Schlussfolgerungen, die aus Berichten über seinen Inhalt mit Sicherheit gezogen werden können, enge Grenzen (...), während der Korea-Konflikt (1950-53 - Anm.: RW) bei der Konzentration des amerikanischen Militärpotentials noch eine Rolle gespielt haben mag, war die politische Entscheidung, die Militärausgaben um das Vierfache zu erhöhen (...), strategischer und nicht defensiver Natur. In der Retrospektive wird erst klar, dass die vor dem Koreakrieg getroffene Entscheidung des NSC zugunsten einer Wiederaufrüstung eine tiefgreifende

Wirkung auf die Eskalation des Krieges hatte, während der Krieg selber dazu diente, die globalen Spannungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten aufzuheizen, vermutlich um das Wiederaufrüstungsprogramm - zumindest teilweise - zu unterstützen. (...) Insbesondere wurde es als größte Gefahr bezeichnet, dass im Falle einer plötzlichen Einstellung der Feindseligkeiten (in Korea - Anm.: RW) das Wiederaufrüstungsprogramm nicht durchgeführt werden könnte. Zur gleichen Zeit, als diese Warnungen laut wurden, unternahm Washington jedoch Schritte, die eine Eskalation des Korea-Konflikts und des Kalten Krieges gewährleisteten". (Horowitz 1969: 25f.)

Das verstärkte militärische Engagement der USA in Korea wirkte stimulierend auf die Rekonstruktion und Expansion des japanischen Kapitalismus. Die seinerzeit von Ökonomen als „Korea-Boom“ charakterisierte Phase des konjunkturellen Aufschwungs („Wirtschaftswunder“ in Japan wie in Westdeutschland) war Ausdruck der sprunghaft gestiegenen US-Nachfrage nach japanischen Produkten. Die Gesamtsumme der japanischen Sonderbeschaffungen für den Koreakrieg betrug zwischen 1951 und 1957 nahezu vier Milliarden Dollar. 1952, da die Einnahmen aus dem Sonderbedarf mit umgerechnet 750 Millionen Dollar ihren Höhepunkt erreichten, machte der Anteil des Sonderbedarfs 41 Prozent des gesamten japanischen Exportvolumens aus. 1951 hatte der Löwenanteil des Sonderbedarfs aus Textilien bestanden.

Washington zögerte zunächst mit der regulären Waffenherstellung - mit Rücksichtnahme auf die pazifistische Haltung der Bevölkerung. Doch schon 1952 wurde der Aufbau einer japanischen Waffenindustrie wieder ins Auge gefasst. Bei den Sonderbedarfsartikeln rangierten alsbald Produkte der Schwerindustrie (z. B. Waffen) an erster Stelle. Auch in der Transport- und Maschinenbaubranche, vor allem aber in der Autoindustrie, wurde die Produktion durch diesen Sonderbedarf auf ein Niveau gehoben, das nahezu dem Doppelten des Vorkriegsstandes entsprach. Kurz nach Beginn des Koreakrieges (Ende Juni 1950) zogen die Aktienkurse japanischer Großbetriebe - Toyota (Auto- und Maschinenbau), Kokan (Stahl), Komatsu-Seisakujo (Schwerindustrie), Mitsubishi-Juko (Schwerindustrie), Mitsui-Zosen (Schiffbau) - um durchschnittlich 200 Prozent an.***

Einflusssphäre „Fernost“

Tokio sah sich erneut zur Absicherung seiner Rohstoffquellen und Märkte herausgefordert und verdoppelte die Stärke seiner Streitkräfte von 75.000 Mann im Jahr 1950 auf 152.000 bis Ende 1954. Während der Regierungszeit von Hatoyama Ichiro (1954-1956) wuchs die Zahl der *jieitai* (Selbstverteidigungskräfte) bereits auf 214.180 Soldaten. Premierminister

Kishi Nobosuke inthronisierte 1957 das *Japanisch-Amerikanische Sicherheitskomitee* (1960 in *Konsultatives Sicherheitskomitee* umbenannt) und hielt gar die Zeit für gekommen, die Möglichkeit des Erwerbs japanischer Nuklearwaffen in Betracht zu ziehen. Kishi stürzte über die Revision des sogenannten Sicherheitsvertrages, dessen Einflussphäre 1960 auf „Fernost“ ausgedehnt wurde.

„1955 hatte Dulles bereits versucht, diese Sphäre vom eigentlichen Japan in den ‚Westpazifik‘ zu verschieben, doch dieser Vorschlag löste seinerzeit in Japan Entrüstung aus. Kishi und die Amerikaner weigerten sich, das unter den Terminus ‚Fernost‘ fallende Gebiet zu spezifizieren; Kishi lieferte zwei sich widersprechende Interpretationen des Gebietes. Seine zweite Definition (8. Februar 1960) ging von der Einbeziehung der Inseln Habomai und Shikotan (Kurilen - Anm.: RW) nördlich von Japan sowie den Inseln Jimen und Matsu, an der Küste Chinas gelegen und von der Kuomintang besetzt gehalten, aus. Weiterhin erklärte Kishi, er sei sich nicht im Klaren darüber, ob der Ferne Osten nicht auch Korea nördlich des 38. Breitengrads (entlang der Nord- und Südkorea trennenden demilitarisierten Zone - Anm.: RW) einschlieÙe.“ (Yanaga 1968: 279f.)

1962 betrug die Stärke der *jieitai* annähernd 244.000 Mann, während sich binnen eines Jahrzehnts (1953-63) die Verteidigungsausgaben von 1,231 Billionen Yen auf 2,412 Billionen Yen nahezu verdoppelt hatten.

Selbstversorger bei Waffen

Hervorstechendes Merkmal des restaurierten militärisch-industriellen Komplexes in Japan war von Anfang an der vergleichsweise hohe Grad seiner Selbstversorgung mit Waffensystemen. Bereits Ende der 1960er Jahre verzeichneten Militärexperten, dass Japan seine eigene Munitionsversorgung zu 97 Prozent und seinen Bedarf an Panzern, Flugzeugen, Gewehren sowie anderen militärischen Ausrüstungen zu 84 Prozent decken konnte.

Halliday und McCormack schrieben:

„Bei der Untersuchung des amerikanisch-japanischen Verhältnisses im militärisch-industriellen Sektor gilt es die Tatsache zu bedenken, dass Japan in letzter Zeit alle Anstrengungen unternommen hat, eine Serie von Spezialwaffen

für den Einsatz in Südostasien zu entwickeln: einen neuen (,72') Panzer, der selbst unter Wasser manövrierbar ist und sich in den Reisfeldern Südostasiens bewähren würde (der Prototyp dieses Panzers wurde laut der Tokioter Tageszeitung *Asahi Shimbun* vom 4. Juni 1971 bereits zu Beginn der 1970er Jahre von Mitsubishi produziert - Anm.: RW), spezielle Schnellboote, die in Sumpf- und Dschungelgeländen einsetzbar wären, sowie ein neues Infanteriegewehr, das den amerikanischen Gewehren überlegen und überdies für kleine Menschen bequemer zu handhaben ist. Bedenkt man, dass auf mindestens ein Dutzend Söldnerarmeen zurückgegriffen werden könnte, so ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, dass Japan zur Waffenschmiede dieser Streitkräfte aufsteigt.“

(Halliday/McCormack 1973: 12)

Diese Entwicklung war u.a. möglich geworden, weil die industrielle Basis Japans nach dem Kriege weitgehend intakt gelassen wurde, eine Entflechtung oder gar Demontage seiner vormaligen Wirtschaftsimperien (mit Ausnahme von Handelsgesellschaften und Kriegsgewinnlern während des „China-Feldzugs“ wie Mitsui) unterblieben war und auf sein vor dem Krieg durch Auslandskontakte (Europa, USA) erworbenes technologisches Know-how zurückgegriffen werden konnte. Ferner wurden die Großbanken, die in der Vorkriegsperiode als Schaltstellen der Oligopole fungierten, überhaupt nicht angetastet. Mittels niedrig verzinsten Kredite im Zuge einer staatlich gelenkten Politik des billigen Geldes vermochten die notorisch hochverschuldeten und mit einer vergleichsweise dünnen Eigenkapitaldecke ausgestatteten Unternehmen wie *Fuji, Mitsubishi, Sanwa, Sumitomo, Mitsui Dai-Ichi* u.a., qua eigener Konzernbanken ihre alten Stellungen zu behaupten. Nach *Capital International Perspective*, einer im Dezember 1971 in Zürich publizierten Aktienanalyse, betrug das Eigenkapital (Grundkapital und Reserven) von 742 namhaften japanischen Gesellschaften außerhalb des Finanzsektors, deren Aktien an der Tokioter Börse gehandelt wurden, nur 19,4 Prozent der gesamten Bilanzpassiva. Zum Vergleich: Bei US-amerikanischen und britischen Gesellschaften lag dieser Anteil zwischen 45 und 46 Prozent:

„Da die japanische Wirtschaft nach ernsthaften Zerstörungen (...) neu beginnen musste, mussten die Finanzierungskosten für die Industrie so niedrig wie möglich gehalten werden. Wäre eine freie Zinsbildung erfolgt, so wären die Kapitalkosten sehr hoch gewesen, da die auf dem Markt verfügbaren Gelder begrenzt und die Nachfrage sehr groß war.“

(Asami 1972: 52)

Duales Wirtschaftssystem

Wie in keinem anderen kapitalistischen Land erfolgte das rasche Tempo der Kapitalakkumulation in Japan auf der Basis eines engmaschigen sozialen und politischen Kontrollsystems seitens des Staates. Chitoshi Yanaga u.a. kamen in ihrer bereits 1968 vorgelegten Studie *Big Business in Japanese Politics* (New Haven/London) zu dem Ergebnis, dass gut 90 Prozent der Regierungsaktivitäten die Steuerung und Aufsicht der Wirtschaft betrafen. Die Ausgaben im Sozialbereich waren relativ gering (Ende der 1980er Jahre 14 Prozent des Staatshaushalts, während sie in den USA, Großbritannien, Schweden und Westdeutschland 18 bzw. 26, 43 und 31 Prozent ausmachten), und das Steuersystem war im internationalen Vergleich zu recht als eines der ungerechtesten bezeichnet worden.

Allein zwischen 1965 und 1980 wuchs das japanische Bruttosozialprodukt jahresdurchschnittlich um 6,5 Prozent gegenüber 3,3 Prozent in der Bundesrepublik, 2,7 Prozent in den USA und 2,4 Prozent in Großbritannien. Im selben Zeitraum betrug Japans jährliche Wachstumsrate bei Exporten 11,4 Prozent, während die Vergleichszahlen für die USA, BRD und Großbritannien 6,4 bzw. 7,2 und 4,8 Prozent betragen. Wies Tokios Zahlungsbilanz 1970 ein Plus von zirka zwei Milliarden US-Dollar auf, so näherte sich dieser Überschuss Ende der 1980er Jahre bereits der 100-Milliarden-Dollar-Marke, und gleichzeitig vergrößerten sich Japans Devisenreserven von annähernd fünf auf 107 Milliarden Dollar mit der Folge, dass der Yen seit 1970 zunehmend unter Aufwertungsdruck geriet und die langjährig bestandene Dollar-Yen-Parität von ursprünglich 1:360 seinerzeit um 1:115 schwankte.

Rechtzeitig allerdings passte sich das japanische Kapital als Reaktion auf den einsetzenden äußeren Aufwertungsdruck auf die Landeswährung und die daheim gestiegenen Lohnforderungen den neuen Bedingungen an und ging dazu über, arbeitsintensive und stark umweltverschmutzende Industrien zunächst nach Südkorea und Taiwan, später dann nach Südostasien und Lateinamerika auszulagern. Teile der Automobilfabrikation sowie Fertigungsanlagen für hochwertige Konsumgüter der Elektronikbranche wurden in die USA und die damaligen EG-Staaten verlagert.

Diese Doppelstrategie hatte u.a. den Vorteil, dass Tokio ökologische Probleme schlicht außer Landes schaffte und sich lästiger Kritiken seitens einer erstarkten Umweltschutzbewegung entledigte, den Zugriff auf Rohstoffe und ein Heer billiger Arbeitskräfte sicherte und überdies wachsende protektionistische Maßnahmen in den USA und der EG parierte. Dies wiederum verstärkte den Druck auf die einheimische

Arbeiterschaft in einer Weise, dass die vormals für sakrosankt gehaltenen Garantien lebenslang gesicherter Arbeitsplätze aufgehoben und auf einen schmalen werdenden Kern von Stammebelegschaften in Großbetrieben beschränkt wurden. Die Arbeiterbewegung war zu fragmentiert, als dass sie diesen Trend hätte umkehren können: Die Gewerkschaften, wesentlich betrieblich und vertikal organisiert, unterstützten entweder vollumfänglich das Management oder fügten sich in dessen Kooptationspolitik. Nicht selten erfolgten im Gegenzug Sondervergütungen (Bonussystem), die bis zu sechs zusätzliche Monatsgehälter ausmachen konnten. Die eigentlichen Verlierer dieses dualen Wirtschaftssystems bildeten neben den seit langen Marginalisierten und Deklassierten (Burakumin, Ainu, während des Krieges nach Japan zwangsverschleppte Koreaner und Chinesen, illegal beschäftigte Arbeitskräfte aus dem Ausland) die in kleinen Klitschen und mittleren Zulieferfirmen Beschäftigten und Frauen.

Japanische Auslandsinvestitionen waren zwischen 1951 und 1962 mit einem Gesamtvolumen von 546 Millionen Dollar eine *quantité négligeable*. Doch allein in den darauffolgenden sieben Jahren erreichten sie drei Milliarden Dollar und schnellten bis Ende der 1980er Jahre auf über 140 Milliarden Dollar in die Höhe. Bemerkenswert war dabei, dass 49 Prozent der gesamten Investitionen Tokios im Zeitraum von 1951 bis 1988 seit 1986 getätigt wurden. Hauptanlagegebiete japanischer Auslandsinvestitionen bildeten zwischen 1974 und 1988 Asien, Nordamerika, Europa und Lateinamerika, wobei zunächst die verarbeitende und extraktive Industrie sowie der Handel und dann der Finanz-, Versicherungs- und Immobiliensektor die bevorzugten Investitionsfelder bildeten. (*Steven 1990*)

Exkurs II: Arbeitsleben diesseits und jenseits von Kirschblüten

„Shunto“ - das war in „normalen“ Zeiten der sich von Januar bis April hinziehende Disput zwischen Vertretern der *Nippon Keidanren* (Japan Business Federation) und der *Rengo*, der Japanischen Gewerkschaftskonföderation. Mit der Kirschblüte hatte man sich einvernehmlich auf Lohnerhöhungen oder sozialpolitische Verbesserungen in den Betrieben geeinigt, um sodann schnellstmöglich zur Tagesordnung zurückzukehren. Im Westen galt dies lange als Ausdruck des „typisch“ japanischen Zusammengehörigkeitsgefühls, das den Familiensinn nahtlos ins Arbeits- und Betriebsleben überführte. Man sang morgens gemeinsam die Firmenhymne und es galt als unsozial, nach Dienstschluss nicht mit seinen Kollegen den Abend mit gemeinsamem Essen und Trinken ausklingen zu lassen.

Hohe Beschäftigungsstabilität, Mitwirkung auf betrieblicher Ebene, politischer Einfluss, starke administrative Regulierung der Wirtschaft, De-facto-Vollbeschäftigung dank hoher Wachstumsraten bestimmten zwischen den 1960er und 1980er Jahren den Arbeitsalltag.

„Die Organisationsform der japanischen Arbeitnehmer (Betriebsgewerkschaft) basiert nicht auf einem überbetrieblich definierten ‚Klasseninteresse‘ aller abhängig Beschäftigten, sondern auf dem Konzept des ‚Betriebs als Gemeinschaft‘, das nicht kulturgegeben ist, sondern durchgesetzt wurde.

Die Gewerkschaften repräsentieren eine bessergestellte Minorität der Arbeitnehmer, während die große Mehrheit in den Peripheriebelegschaften der Großunternehmen und den kleinen und mittleren Unternehmen weder gewerkschaftlichen Schutz noch die Privilegien des japanischen Beschäftigungssystems genießt.

Verringerung der traditionellen Stammebelegschaften, Erosion der lebenslangen Beschäftigungsverhältnisse und wachsende überbetriebliche Mobilität der Arbeitnehmer werden die traditionelle Betriebszentrierung der Gewerkschaften reduzieren, ohne dass die Betriebsgewerkschaften völlig verschwinden werden.

(...) Japanische Gewerkschaften haben ihr Zentrum im Betrieb. Allein bei Toyota gibt es 241 Betriebsgewerkschaften, die in der All Toyota Workers' Federation zusammengefasst sind. Die Federation wiederum ist Mitglied der Automobilarbeitergewerkschaft Jidosha Soren, die ihrerseits sowohl dem zentralen Koordinierungsgremium der Metallarbeiter IMF-JC als auch dem Dachverband RENGO angehört. Industriegewerkschaften, Councils' (wie der IMF-JC) und Dachverbände beziehen einen relativ geringen Teil (wenige Prozent) der vergleichsweise hohen Mitgliedsbeiträge, die die Betriebsgewerkschaften bei der Lohnzahlung einbehalten. Tarifverhandlungen werden in den Betrieben zwischen Betriebsgewerkschaft und Management geführt. Den übergeordneten Industriegewerkschaften, Councils und Dachverbänden kommt lediglich eine koordinierende Funktion zu. Erleichtert wird die Koordination allerdings durch die zeitliche Synchronisierung der Lohnverhandlungen im Frühjahr (Shunto-Offensive).

Das japanische Modell der Betriebsgewerkschaften, das sich nicht einem kulturell gegebenen Bedürfnis der Japaner nach Harmonie verdankt, sondern in den 50er und 60er Jahren z.T. in harten Auseinandersetzungen von den Unternehmen durchgesetzt wurde, war trotz seiner Entstehungsbedingungen auch für einen Teil der Arbeitnehmer ein Erfolg. In den Betrieben hatten und haben die Gewerkschaften starken Einfluss. Der Preis, den sie zu zahlen hatten, war allerdings hoch: Ihr Einfluss reduziert sich weitgehend auf die Stammebelegschaften der Großunternehmen, deren Anteil an den abhängig

Beschäftigten auf 18 bis 25% geschätzt wird. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 23,4% (Ende 1995 - mit rückläufiger Tendenz) entspricht ziemlich genau dem Anteil der Stammbesellschaften.

(...) Die Betriebsgewerkschaften waren erfolgreich, solange die Betriebe erfolgreich waren. Diese Bedingungen sind seit Beginn der 90er Jahre nicht mehr gegeben, ebenso wenig wie die politischen Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften begrenzten, aber sicheren Einfluss ausüben konnten. Die japanischen Betriebsgewerkschaften machen derzeit eine dreifache Krise durch: Erstens beginnt sich der Kern des japanischen Modells der Betriebsorganisation (vor allem die lebenslange Beschäftigung und die Lohnzahlung nach dem Senioritätsprinzip) aufzulösen. Zweitens hat sich das politische Umfeld so verändert, dass die traditionellen Ansätze gewerkschaftlicher Einflussnahme auf die Politik nicht mehr greifen. Und drittens macht Japan eine wirtschaftliche Krise durch, in der nicht nur der Verteilungsspielraum enger geworden ist, sondern auch erstmals seit den 50er Jahren gewerkschaftliche Aktivitäten von drohender Arbeitslosigkeit überschattet werden.“

[Friedrich-Ebert-Stiftung, Gewerkschaften in Japan](#)

Wenige Jahre nach der Jahrtausendwende erlebte die Neuveröffentlichung des bereits 1929 erstmalig erschienenen Romans *Kanikosen* (etwa: Krabbenfangflotte, auf der die Meerestiere verarbeitet und in Konservendosen abgepackt werden) aus der Feder des jungen Schriftstellers Kobayashi Takiji eine geradezu phänomenale Resonanz. Der Autor war 1931 in die damals verbotene Kommunistische Partei Japans (KPJ) eingetreten. Zwei Jahre später war der erst 29-Jährige tot - zu Tode gefoltert von der Polizei.

Kobayashi behandelte in „*Kanikosen*“ die Klassenauseinandersetzungen im kaiserlichen Japan. Und das zu einer Zeit, als der Militarismus begann, sämtliche Poren von Staat und Gesellschaft zu durchdringen und sich anschickte, imperiale Kriege in Ost- und Südostasien und im Pazifik anzuzetteln. Kriegsvorbereitungen gegen die Nachbarstaaten wurden im Innern flankiert von „Befriedungsfeldzügen“ gegen Arbeiterstreiks und Gewerkschaftsproteste. Inspiriert wurden diese durch kommunistisches, syndikalistisches und anarchistisches Gedankengut.

Thema des Romans sind die erbärmlichen Bedingungen auf einem Krabbenfangschiff und der Streik der geschundenen Seeleute, den die Schiffsleitung erbarmungslos niederknüppeln lässt. Dem Genre der damals gängigen proletarisch-revolutionären Literatur

verpflichtet, ließ Kobayashi seine Protagonisten jedoch Hoffnung und Mut schöpfen. Über Bord gegangene Besatzungsmitglieder wurden auf hoher See von der Crew eines sowjetischen Schiffs in letzter Minute aufgegebelt. Auf diesem befand sich auch ein chinesischer Kommunist, der die Geretteten lehrte, sich für ein proletarisches Japan einzusetzen. Die Botschaft zündete; den aus der Seenot geretteten Arbeitern gelang die Rückkehr zu ihrem Schiff. Sie organisierten sich gewerkschaftlich, leisteten Widerstand und boten ihren Oberen die Stirn.

„Kanikosen“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg erneut veröffentlicht, doch kaum wahrgenommen. Dann im Jahr 2008 der große Durchbruch: Seitdem wurden weit über eine halbe Million Exemplare verkauft. Als Manga-Comic aufgemacht, erreichte der Roman eine Leserschaft von weit über 250.000. 2009 wurde „Kanikosen“ verfilmt und auch international gezeigt. Die großen Tageszeitungen im Lande - *Asahi Shimbun*, *Yomiuri Shimbun*, *Mainichi Evening Paper* und *The Japan Times* - stellten das über Nacht zum Bestseller avancierte Werk ausführlich vor, regten in ihren Spalten rege Leserdiskussionen an und sprachen alsbald von einem „Kanikosen-Boom“.

Wie das? „Der Roman spricht vor allem Jugendliche an“, erklärte Professor Toeda Hirokazu, Literaturwissenschaftler an der Waseda Universität (Tokio), „für sie bildet er eine Projektionsfläche ihrer eigenen Ängste und Wünsche. Die Wirklichkeit ist in den letzten Jahren für sie immer trister geworden. Gängelung, Arbeits- und Perspektivlosigkeit, das Gefühl, missachtet, erdrückt und mit Billiglöhnen abgespeist zu werden - all das bietet reichlich Stoff in einer disparaten Gesellschaft, in der sich eine wachsende Zahl von Menschen in einer ähnlichen Lage fühlt wie die Besatzung der Kanikosen.“

Lesen Sie morgen den zweiten Teil, der die Serie „75 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs in Ost- und Südostasien - Vorgeschichte, Verlauf, Vermächtnisse“ abschließt.

Titelbild: Benny Marty/shutterstock.com

[<<1]

<https://www.welt.de/geschichte/video213521924/Pazifikkrieg-Kaiser-Hirohito-verkuendet-die-Kapitulation-Japans.html> - zitiert nach: Die Welt (HH) am 13.08.2020

[<<2] Bezeichnend war denn auch der Titel der Biografie des Generals aus der Feder des mehrfach ausgezeichneten US-Journalisten und Publizisten William Manchester - *American Caesar: Douglas MacArthur*.

[«3] Mitsubishi-Juko nannte sich damals Naka-Nihon-Juko. Durch die von der US-Militäradministration durchgeführten Entflechtungen war die Mitsubishi-Schwerindustrie bis 1951 nominell in drei Firmen aufgeteilt: Higashi-, Nishi- und Naka-Nihon-Juko.

Wegen ihres Umfangs finden Sie [hier](#) separat das Quellenmaterial sowie eine Übersicht weiterführender Literatur zum vorliegenden Text.

